

## Stichwortprotokoll zur Klima-Allianz Veranstaltung am 07.03.2023

### Klimaschutzgesetz & Verkehr: Kommunikation zum Rechtsbruch der Bundesregierung

57 Teilnehmende, Protokollantin Annette Schulze (aktiv im Netzwerk Klimaschutz, DGSF)  
Moderation der Klima-Allianz: Julia Schade (zuständig für die nationale Klimapolitik)  
<https://www.klima-allianz.de/>

Themenbezug:

am 15.03. präsentiert das UBA (Umweltbundesamt) die deutschlandweiten Emissionsdaten von 2022 aufgliedert nach Sektoren

#### Jens Hilgenberg (BUND, Bund Naturschutz)

Es besteht eine riesen Emissionslücke zwischen Anspruch und Umsetzung der Emissionsreduktion bis 2030. Wir emittieren nach aktuellem Stand 41 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> Equivalente zu viel! Für 2022 waren es schon 10 Millionen Tonnen zu viel! Besonders im Verkehrssektor verfehlen wir unsere Ziele drastisch. Wir müssen gesetzlich laut Klimaschutzgesetz §8 (1) KSG) die Jahresemissions(reduktions)mengen des Sektors für folgende Jahre sicherstellen. Falls dies nicht gelingt muss ein Sofortprogramm erstellt und umgesetzt werden.

Eine Aufteilung der Überschreitungsmenge auf Folgejahre ist rechtswidrig. Mit einem Tempolimit (100 auf Autobahnen/ 80 auf Landstraßen/ 30 innerorts) könnte sich Verkehrsminister Wissing Zeit kaufen und andere wirksame Maßnahmen beschließen.

Jens` kurze Erläuterung zur Differenzierung und begrifflichen Klarheit:

Das **Gesetz ist Vorschrift**: Ein Sofortprogramm bei Überschreitung ist dabei vorgeschrieben.

Das Sofortprogramm ist Teil des Koalitionsvertrags und sektorübergreifend

Tipp: bei Agora Verkehr nach Zahlen schauen: <https://www.agora-verkehrswende.de/>

#### Dorothee Saar (DUH, Deutsche Umwelthilfe)

Die DUH hat zwei Verbandsklagen am laufen

- Einforderung des Klimaschutzs Sofortprogramms für den Verkehrssektor
- An Bundesregierung: muss geeignete Programme zur Erreichung der Klimaschutzziele vorlegen

Empfehlung: Wir sollten uns nicht argumentativ auf Störfeuer, die eine Abschaffung des Klimaschutzgesetzes fordern, einlassen. Das Klimaschutzgesetz KSG ist ein Kind der SPD federführend unter Svenja Schulze `geboren`. Dies sollten wir in Gesprächen oder per social media argumentativ nutzen und auf die hohen EU Strafzahlungen bei deutschen Emissionsüberschreitungen hinweisen.

Es laufen zwar Klagen, jedoch gibt dies eine massive Zeitverzögerung!

#### Craig von Klimaschutz im Bundestag e.V.

Fragt in die Runde was wir Organisationen von einem Vorschlag zu einem temporären Tempolimit halten. BUND will seine eigenen Forderungen verständlicherweise nicht zurücknehmen. Jedoch könnten Organisationen die noch kein Tempolimit gefordert haben diesen Vorschlag als sinnvolle Forderung unterbreiten. (Bei „ungleicher“ Verteilung in den Sektoren könnte die Gefahr lauern, dass die FDP die Sektorziele durch Änderungen im Bundestag abschaffen könnte.)

Meine Frage zu den gravierenden Unterschieden der beiden Gutachten (UBA und FDP, Verkehrsministerium) zu den erwarteten Auswirkungen eines Tempolimits: das FDP Gutachten wurde als rechnerischer Dreisatz und als politisches Statement gewertet im Gegensatz zu der systemischen Betrachtungsweise des UBA.

### **Fazit:**

Wenn der Verkehrssektor seine Emissionen nicht drastisch reduziert muss in anderen Sektoren umso stärker eine Emissionsreduktion um dieses Defizit auszugleichen stattfinden. Dies bedroht die Einhaltung des deutschen Klimazieles und damit Teil des weltweiten Pariser Abkommens zur Einhaltung eines Temperaturanstiegs von 1,5°C.

Zur weiteren Information auf Seiten der Bundesregierung:

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/massnahmenprogramm-klima-1679498>

## **Verbindliche Klimaschutzziele**

Das Programm beinhaltet zudem, dass die Bundesregierung die im Klimaschutzplan 2050 definierten Emissionsziele pro Sektor in einem Klimaschutzgesetz festschreibt. Der Kabinettausschuss Klimaschutz, das sogenannte Klimakabinett, wird als ständiges Gremium jährlich die Wirksamkeit, Effizienz und Zielgenauigkeit der eingeleiteten Maßnahmen überprüfen.

## **Transparenz und Erfolgskontrolle**

Erfüllt ein Sektor seine gesetzlich vorgesehenen Ziele nicht, wird der/die zuständige Bundesminister/in dem Klimakabinett innerhalb von drei Monaten ein Sofortprogramm zur Nachsteuerung vorlegen. Auf dieser Grundlage entscheidet das Klimakabinett, wie das Klimaschutzprogramm 2030 gemeinsam so angepasst wird, dass die zugrundeliegenden Ziele erreicht werden.

Mittwoch, 9. Oktober 2019

(>>> AS: seit 9 Monaten kommt Verkehrsminister Wissing dieser Aufgabe nicht nach.)

*Annette Schulze hat am 07.03.2023 als DGSF-Vertretung an der Sitzung teilgenommen.*